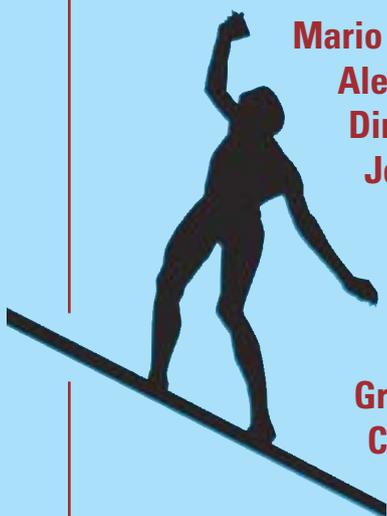


Roland Klautke/Brigitte Oehrlein (Hrsg.)

Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung

K KRITISCHER
BEWEGUNGS
DISKURS



Mario Candeias

Alex Demirović

Dirk Hauer

Joachim Hirsch

Christina Kaindl

Alessandro Pelizzari

Werner Rätz

Bernd Röttger

Gregor Samsa

Christoph Spehr

Christian Zeller

VSA

Roland Klautke/Brigitte Oehrlein (Hrsg.)
Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung

Roland Klautke/Brigitte Oehrlein (Hrsg.)

**Prekarität – Neoliberalismus –
Deregulierung**

Beiträge des »Kritischen Bewegungsdiskurses«

VSA-Verlag Hamburg

Der »Kritische Bewegungsdiskurs« einschließlich dieser Publikation wurde im Jahr 2006 durch die finanzielle Unterstützung der Stiftung »Menschenwürde und Arbeitswelt«, des Fördervereins der DGB-Jugend und der Rosa-Luxemburg-Stiftung ermöglicht.

Inhalt

Vorwort von Roland Klautke und Brigitte Oehrlein..... 7

Prekarität als Ziel des neoliberalen Konzeptes

Christina Kaindl

**Neoliberalismus: hochtechnologische Produktionsweise
und prekarierte Lebensweise** 18

Unterschiedliche Aspekte des Analysebegriffs Prekarität

Dirk Hauer

Umkämpfte Normalität 30

Prekarisierung und die Neudefinition
proletarischer Reproduktionsbedingungen

Mario Candeias

Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung 43

Kritik der Analysen von und Politiken gegen Prekarisierung

Alessandro Pelizzari

Verunsicherung und Klassenlage 62

Anmerkungen im Anschluss an die Prekarisierungsforschung
von Pierre Bourdieu

Strategien gegen Prekarität

Bernd Röttger

Erneuerung aus dem Zentrum der Krise 79

Die Wiederkehr lokaler Arbeiterbewegungen und die
Perspektiven gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik

Werner Rätz

Soziale Sicherheit für alle, weltweit 121

Joachim Hirsch

**Der Kampf um öffentliche Güter – oder weshalb der Ausbau
einer sozialen Infrastruktur nötig ist** 137

Vorstellungen jenseits von Privatisierung

Alessandro Pelizzari/Christian Zeller

Perspektiven jenseits Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge 147

Vorstellungen zur Wirtschaftsdemokratie

Alex Demirović

Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften 184

Probleme und weiterführende Überlegungen

Christoph Spehr

Den Laden schmeißen 192

Alternative Produktion und Selbstverwaltung

Globale Rechte als neue Perspektive?

Gregor Samsa

Globale Rechte – Hype oder kommunistisches Szenario? 201

Globale Rechte im Spannungsfeld von Utopie, sozialen Kämpfen
und positivem Recht

Autorinnen und Autoren 211

Vorwort

1. Entstehung des Projektes

Hinter unserem Ansinnen, einen »Kritischen Bewegungsdiskurs« zu initiieren, stand das Bedürfnis, einen Ort zu haben, in dem theoretische Auseinandersetzungen nicht allein unter den Gesichtspunkten wissenschaftlicher Fragestellungen, sondern genauso unter denen der Fokussierung auf die Handlungsfähigkeit sozialer Bewegungen geführt werden.

Mit dem Ende der Montagsdemonstrationen war ein offensichtlich nur sehr kurz aufgeflammter Bewegungszyklus schon wieder an sein Ende gekommen, obwohl der Sozialabbau weiterhin gnadenlos durchgeboxt wird. Das Gefühl, den Entwicklungen ohnmächtig ausgeliefert zu sein, hatte sich in der Gesellschaft durchgesetzt.

Die global gesteuerten Entwicklungen durch WTO, GATS, Lissabon-Strategie und vor allem durch die enorme Bedeutungszunahme der globalen Finanzmärkte und transnationalen Produktionsnetze nahmen den nationalen Bewegungen einschließlich den Gewerkschaften ihre Widerstandsmöglichkeiten.

Hinzu kam der Niedergang des Gegenspielers zum Kapitalismus auf dem »Weltmarkt der Systeme«, der sich den Begriff »Sozialismus« angemäht und ihn desavouiert hatte, wodurch die Linke in eine defensive Position geriet, die es ihr schwer werden ließ, der neoliberalen Übermacht eine Alternative, geschweige denn eine global orientierte gesellschaftliche Utopie entgegenzusetzen.

Vorbedingung für die Entwicklung jeder erfolgreichen Aktion sollte immer die analytisch durchdrungene, inhaltliche Besetzung des Themas sein. Als einen solchen Versuch bewerteten wir unser Angebot eines kritischen, ergebnisoffenen Diskurses, um dem Ziel der Entwicklung einer gegenhegemonialen Praxis näherzukommen, wie auch die oft nebeneinanderher agierenden Träger von Widerstand und Protest zusammenzuführen.

2005, das Jahr der Planung dieses Vorhabens, war gleichzeitig das Jahr der Einführung von Hartz IV. Damit war der Frage nach der gewonnenen Durchsetzung der Hegemonie des neoliberalen Projektes nicht mehr aus dem Wege zu gehen. Mit dem Fall ins existenziell Bodenlose, dem gleichzeitigen Verlust gesetzlich verankerter Grundrechte nach nur einem Jahr Arbeitslosigkeit bei einer ständig anwachsenden Arbeitslosenquote war die Prekarität in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Durch das wachsende Bewusstsein dieser Drohung, die bewirkt, dass ein jeder mit allen Mitteln jede Möglichkeit des Verlustes des

Arbeitsplatzes verhindern möchte, da auch er sonst aus dem gesellschaftlichen Rahmen fiel, lässt sich politisch von staatlicher Seite alles durchsetzen, wird Widerstand gelähmt.

2. Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Projekt

Die neoliberale Hegemonie weist auf eine Vielzahl ökonomischer und politischer Komponenten eines »neuen« Akkumulationsmodells hin. Auf welche aktuellen ökonomischen und sozialen Verhältnisse sind sie ausgerichtet und welche möglicherweise auch widersprüchlichen Strategien werden verfolgt?

Organisatorische und rechtliche Neustrukturierung der Arbeitsverhältnisse, schlanker Staat, Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, Entbürokratisierung, Hartz IV und »working poor« – Begriffe, die die Veränderungen im real existierenden Kapitalismus umreißen. Sie beschreiben Transformationsprozesse des postfordistischen Kapitalismus aber nur unzureichend.

a) Fragen zu Zielen und Auswirkungen der Vorstellungen des Neoliberalismus

Vor einer sinnvollen Kritik sollte eine Analyse stehen, die das neoliberale Vorgehen und die Zielsetzung dahinter wirklich durchdringt. Das neoliberale Projekt bewegt sich immer um den Kardinalbegriff der »Freiheit«. Was wird unter dieser Freiheit verstanden? Wem soll sie zugute kommen? Welche Auswirkungen zieht sie nach sich? Was bedeutet es gesellschaftlich, wird dem Einzelnen die Verantwortung für seine soziale Sicherung zugeschrieben? Wer wird freier? Stellt Solidarität kein erstrebenswertes Verhalten mehr dar, keinen gesellschaftlichen Wert? Welche Werte zählen für eine so ausgerichtete Gesellschaft? Welchen Stellenwert erhält die Würde des Einzelnen, wenn sich die Gesellschaft aller nicht verantwortlich erkennt, Verhältnisse zu schaffen, in denen als Richtwert gilt, die Würde des Einzelnen zu bewahren? Das führt zu der Frage: Freiheit für wen? Nur für Privilegierte? Für eine Elite? Ebenso stellt sich die Frage, ob der Mensch dem Funktionieren eines Wirtschaftssystems zu dienen hat oder das Wirtschaftssystem so organisiert werden sollte, dass es die Bedürfnisse der Menschen befriedigt? Ist damit nicht die alles entscheidende Frage gestellt? Wo endet die angebliche Demokratie? Vor den Produktionstoren und vor dem Parlament? Wie überhaupt ist Demokratie zu definieren? Was setzt sie voraus, welche Gestaltungsmöglichkeiten erfordert sie?

Damit aber haben die Fragen noch kein Ende. Weitere Fragen sind unerlässlich, weil nur durch sie die angebliche Alternativlosigkeit untersucht werden kann, nur mit ihnen zu anderen Ergebnissen, als den vorgegebenen, gelangt werden könnte.

Wie ist es möglich, dass unhinterfragt hingenommen wird, die neoliberale Umgestaltung sei alternativlos, da kein Geld vorhanden wäre? Tatsache ist, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst kontinuierlich, der gesellschaftlich erarbeitete, aber von wenigen privat angeeignete Reichtum nimmt ständig zu.

b) Gesellschaftlicher Reichtum, Umverteilung, Ungleichheit

Der Grund des Rückgangs des öffentlich vorhandenen Vermögens liegt an den Auswirkungen des politisch betriebenen neoliberalen Konzeptes. Dahinter steht die Schaffung einer neuen Ungleichheit, einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben. Während die Arbeitslosen nach einem Jahr in ein Dahinvegetieren unter der Armutsgrenze getrieben, gesellschaftlich marginalisiert und für die offensichtlich strukturell bedingte wachsende Arbeitslosigkeit persönlich verantwortlich gemacht werden, werden die höheren Einkommen ständig durch Steuerverteilung von unten nach oben entlastet. Für die einen wird Freiheit ohne rechtliche Einschränkungen, die ein funktionierendes gesellschaftliches Miteinander garantieren würden, gefordert. Am anderen Ende, dem vom kapitalistischen System ausrangierten »Überflüssigen«, wird ein System mit den ARGEN von Hartz IV aufgebaut, das mit Überwachen und Strafen treffend beschrieben ist. Den Hartz IV-Empfängern werden nicht nur ihre im GG festgeschriebene Würde aberkannt, sondern nach und nach die Grundrechte beschnitten. Freie Wahl des Aufenthaltsortes, Bewegungsfreiheit, freie Wahl der Wohnung, Schutz der Privatsphäre, Verbot von Arbeitszwang sind Grundrechte, die für Hartz-IV-Empfänger nicht mehr gelten. Sie werden kontrolliert, ihre Lebensmöglichkeiten eingeschränkt. Gesellschaftlicher Protest bleibt aus.

3. Bedeutung der sich verändernden Vorstellungen von Freiheit

Hinter dem neoliberalen Konzept steht der Anspruch auf totale Freiheit für die Durchsetzungswilligen auf Kosten der übrigen Menschheit. Die Durchsetzung des Rechts der Stärkeren wird zum politischen Ziel. Wer seine Lebensbedürfnisse nicht durchsetzen kann, sei selbst Schuld, verdient keine Verantwortung der Gesellschaft, nicht einmal rechtlichen Schutz. Dieses Prinzip ist die Abkehr von dem bisher überwiegend westlich geprägten Wertesystem, gewachsen in Jahrhunderten vom Christentum über die Aufklärung bis hin zur Moderne. Ein Element davon, ist der Menschenrechtskatalog, basierend auf den Werten: Würde des Menschen, Gerechtigkeit, Gleichheit, Verantwortung füreinander (= Solidarität) und Freiheit für jeden. In diesem Katalog war Freiheit, wenn auch in einem Zielkonflikt, immer *gebunden* an die Werte Würde, Gerechtigkeit, Gleichheit und Verantwortlichkeit aller dem Einzelnen gegenüber, also Solida-

rität. Individualität als Wert war niemals loszulösen von dem Bewusstsein, die Freiheit zur Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung endet dort, wo anderen ihre Möglichkeiten zu Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung genommen werden. Damit gab es das Bewusstsein, der Einzelne ist Teil einer Gemeinschaft, für die jeder Einzelne entsprechend seiner Möglichkeiten beizutragen hat, um der Gemeinschaft die Voraussetzungen zu geben, für das Wohl des Einzelnen verantwortlich sein zu können. Die Umwertung aller Werte, die dem neoliberalen Projekt zugrundeliegt, richtet sich gegen diese Maximen. In ihm gibt es keine Vorstellung mehr von einer Gemeinschaft, einer Gesellschaft, es existieren nur noch ungebundene Individuen, jedes für sich selbst verantwortlich. Wer dieser Verantwortung für sich selbst nicht gerecht werden kann, aus welchen Gründen auch immer, hat die Folgen aus eigener Kraft zu tragen, unabhängig von seinen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten.

Die Konsequenz ist die weitgehende Vereinzelung und ein Zurückfallen hinter die Prinzipien der Aufklärung bis hin zur Unmenschlichkeit des schon von Hobbes kritisierten Zustands, dass der Mensch dem Menschen ein Wolf sei. (Aus diesem Hobbesschen »homo homini lupus est« erwächst der Leitsatz »jeder gegen jeden«.) Dem wollte Hobbes, dem wollte die bürgerliche Gesellschaft den Staat entgegensetzen, der die einzelnen schützen und ihr Überleben sichern sollte. Hinter dieses Ziel fällt sie gegenwärtig zurück.

4. Aufgaben der Linken – Analyse, Aufklärung, Alternativenentwicklung

Wir, die weit gefasste Linke, bekommen damit eine unerhörte Verantwortung zugespielt. Wir müssten den tradierten Wertekatalog verteidigen, ihn fortführen und erweitern. Stattdessen ließen wir uns von der hegemonialen Durchsetzung des Neoliberalismus, bei gleichzeitigem Zusammenbruch des sich als Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft verstehenden staatszentristischen Planwirtschaftsmodells, unserer Perspektiven berauben.

Statt unsere aus Marx', Luxemburgs und Gramscis Schriften abgeleiteten Sozialismus-Vorstellungen zu verteidigen, verstummten wir bei der sich medial durchsetzenden Behauptung, jede nichtkapitalistische Gesellschaftsvorstellung müsse in Unfreiheit und totalitärer Unterdrückung münden, da nur der Kapitalismus und die Gesetze des Marktes individuelle Freiheit gewähren könnten.

Zumindest die undogmatische Linke hatte stets dagegen argumentiert, ihre ganz anderen Demokratie- und Sozialismusvorstellungen, die sich aus der Gesamtheit der Marxschen wie auch der Luxemburgschen Schriften ergaben, hätten irgendetwas mit den totalitären Staatsvorstellungen des »real existierenden Ostblocksozialismus« gemein.

Trotzdem ließen wir uns unsere Theorien nehmen, viele begannen am Sinn marxistischer Gerechtigkeitsvorstellungen und alternativer Utopien zu zweifeln. Sie beschränkten sich darauf, pragmatisch, also in reformistischer Weise, die schlimmsten Auswirkungen des neoliberalen Konzeptes zu kritisieren und einzudämmen versuchen. So erblickte die Linke keine Möglichkeit mehr, der unhinterfragten gesellschaftlichen Hinnahme neoliberaler Behauptungen, die von fast allen Medien als Wahrheitssätze in die Öffentlichkeit getragen wurden, etwas Überzeugendes gegenüberzustellen. Damit beraubten wir uns der Möglichkeit der Entwicklung eines gegenhegemonialen Standpunktes, da jedes Utopie-/Alternativkonzept den Denkprozess einer möglichen Veränderung voraussetzt. Wo Alternativen nicht mehr gedacht werden, hat ein System die Hegemonie gewonnen. Wir beachtetten nicht einmal mehr den dialektischen Prozess, der dem Verhalten der Linken innewohnt. Natürlich sind auch wir Teil des sich durchsetzenden Systems, der bestehenden sich umgestaltenden Gesellschaft; doch revolutionäre, also wahrhaft umgestaltende Prozesse, die ermöglichen, alle bisher als Wahrheit und Tatsache tradierten Ansichten zu hinterfragen und ihnen andere Werte und Ziele entgegenzustellen, können nur die Chance eines Erfolges haben, kommen sie aus der Mitte der Gesellschaft, nicht von ihren Rändern. Veränderungsvorstellungen müssen sich aus der gesellschaftlichen Praxis heraus entwickeln, müssen weite Teile erfassen, sonst ist der katastrophale Verlauf schon inbegriffen. Vor allem muss ein Bewusstsein dafür erwachsen, eine Utopie ist niemals etwas Statisches, ihre Vorstellungen sind einem ständigen Entwicklungsprozess unterworfen. Genauso notwendig für eine erfolgreiche, lebendige Entwicklung ist ein Bewusstsein, dass gesellschaftliche Veränderung abhängig ist von der Selbstveränderung des einzelnen Menschen. Diese setzt die oben angedeutete Bereitschaft voraus, alles radikal in Frage stellen zu wollen, nichts als selbstverständlich gegeben hinzunehmen. Nur wo Veränderungsmöglichkeiten gedacht werden, können Veränderungsfähigkeiten entstehen.

5. Bildungsprojekte, um Gegenhegemonie aufzubauen

Daraus die Konsequenz zu ziehen, bedeutet, dem Bildungsgedanken eine Präferenz einzuräumen, besonders in Zeiten, in denen der Bewegungszyklus am Boden liegt. Um das Verhalten der Linken nicht nur verstehen zu können, sondern auch eine mögliche Handlungsrelevanz erkennen und aufbauen zu können, ist es unabdingbar, in einem kritischen Diskurs sowohl eine saubere Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen, als auch wirkungsvolle Handlungsmöglichkeiten herauszuarbeiten. Lebhaftige Diskussionen auf der 3. Herbstakademie

des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi) zur Hegemonie im Neoliberalismus gaben uns genügend Anregungen, die erkannte Notwendigkeit umzusetzen, eine Veranstaltungsreihe zum Thema Neoliberalismus ins Leben zu rufen. Schnell war auch klar, sie unter den Titel »Kritischer Bewegungsdiskurs« zu stellen. Ziel nämlich war, sowohl Analyse und theoretische Auseinandersetzung als auch ein größeres Aufeinanderbeziehen der unterschiedlichen Bewegungsakteure zu ermöglichen.

6. Kritischer Bewegungsdiskurs 2006

Das erste Jahr rund um die Begriffe »Prekarität, Neoliberalismus, Deregulierung« sollte die aktuelle Transformation des Kapitalismus einer kritischen Analyse unterziehen und sowohl einer sozialwissenschaftlichen Selbstverständigung dienen, als auch eine theoretische Behandlung dieser Themen in den sozialen Bewegungen vorantreiben.

a) Auseinandersetzung mit dem Analysebegriff »Prekarität«

»Prekarität« wurde zu einem wesentlichen Begriff, der die Charakteristik des neoliberalen Umbaus und die Folgen der Deregulierung beschreibt. Die damit beschriebene Verunsicherung der Arbeitsverhältnisse, die daraus folgende Verunsicherung der gesamten Lebensverhältnisse und der aus der geforderten Flexibilisierung und Ungebundenheit folgende Vereinzelnungsprozess bieten genau die Voraussetzungen, das neoliberale Projekt gnadenlos durchdrücken zu können, da der Einzelne nur noch dafür kämpft, seine eigenen Existenzmöglichkeiten zu erhalten, zu welchem Preis auch immer. So ist der Wirtschaft die Möglichkeit geboten, die im Fordismus erkämpfte Regulierung der Arbeitsverhältnisse als auch die soziale Sicherung mit all ihren zu kritisierenden Mängeln so weitgehend abzubauen, dass dem Einzelnen das gesellschaftliche Fundament entzogen wird.

Dennoch darf nicht vernachlässigt werden, der Fordismus war ein hierarchisches, patriarchal bestimmtes Kontrollsystem, dessen Überwindung enorme Möglichkeiten eröffnet. Während der Einzelne in ihm zum bloßen Befehlsempfänger reduziert werden sollte, ein Rädchen im fremdbestimmten Getriebe des Arbeitsprozesses, wird er im Neoliberalismus zum »Arbeitskraftunternehmer«, dem im Rahmen seines Arbeitsfeldes weitgehend die Strukturierung des (Teil-)Arbeitsprozesses überlassen wird, solange das Arbeitsergebnis wunschgemäß abgeliefert wird. Während Gruppen- und projektbezogenes Arbeiten lange als Möglichkeiten einer sich von der fordistischen Arbeitsorganisation emanzipierenden Arbeitsgestaltung, diskutiert wurden, setzt die (Gruppen)Arbeit des

neoliberalen »Arbeitskraftunternehmers« die persönliche Internalisierung von vorgegebenen Arbeitsinhalten und vor allem -zielen voraus: Unterordnung und Eigenverantwortung für das Ziel der Profitproduktion wird zur zentralen Bedingung für die Freiheit der Arbeitsgestaltung. Die persönliche Freiheit der Träger dieser »corporate identity« ist dabei aber auch die Freiheit zur Verlängerung der Arbeitszeit, um das »gemeinsame« Projektziel zu realisieren. Dieses projektbezogene Arbeiten hangelt sich von Projekt zu Projekt, es ermöglicht keine langfristige Lebensplanung, bietet aber selbstbestimmtere Entscheidungsmöglichkeiten als die Weisungsabhängigkeit im fordistischen Produktionsprozess. Die Auffassung, neoliberale Verhältnisse würden von oben oktroyiert, neigt zur Entsubjektivierung der Betroffenen als Handelnde in den Verhältnissen. Wir müssen den Widerspruch zwischen der Chance der erweiterten Autonomie und der Selbstunterwerfung der Einzelnen in die gesetzten Bedingungen untersuchen, da die Subjekte sich offenbar willig in die herrschenden Verhältnisse einbauen, während wir sie zugleich verzweifelt zu verändern suchen. Wodurch könnte die Bereitschaft zum Widerstand gegen die Forderungen des Kapitals, das eigene Leben grenzen- und bedingungslos der Verwertbarkeit der Ware Arbeitskraft zu unterwerfen, unterstützt werden? Wie ist die, dem kapitalistischen System innewohnende (Lohn)Arbeitszentriertheit aufzubrechen? Wie ist der Gerechtigkeit durch eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen, also die Existenz ganz unabhängig von ihrer Verwertbarkeit wahrhaft zu sichern, näherzukommen? Diese Fragen stellen sich, wenn das bedingungslose Grundeinkommen zur Debatte steht. Die stetig wachsende Produktivität lässt die Arbeitsplätze in der Produktion in entsprechender Kurve fallen, damit kommen wir dem Punkt näher, uns von Erwerbsarbeit befreien zu können. Vollbeschäftigung ist ein Projekt der Vergangenheit, nun geht es darum, andere Möglichkeiten zu denken. Das scheint schwierig, da die (Lohn)Arbeitszentriertheit die gesellschaftlichen wie auch die persönlichen Erwartungen noch voll im Griff hat. Der Wert des Einzelnen bestimmt sich nicht nur über seine Erwerbsarbeit, doch sogar sein Selbstwertgefühl bestimmt der Einzelne darüber. Das macht es auch so einfach, die Hartz IV-Empfänger gesellschaftlich zu marginalisieren. Der Begriff »Looser« greift um sich und schnell sind Menschen bereit, sich selber so zu definieren. Gleichzeitig ist die Frage aufgeworfen, wie ein Gerechtigkeitsbegriff, der seinen Anspruch auch substantiell einlösen kann, realitätswirksam werden könnte. Der gesellschaftlich erarbeitete Reichtum wächst, wo aber bleibt eine Gerechtigkeitsvorstellung, wenn er zunehmend privat angeeignet wird? Erhielte ein jeder qua Existenz ein ausreichendes Einkommen, um armutssicher leben zu können, könnte sich ein jeder auch gemäß seinen Interessen in die Gesellschaft einbringen und sie mitgestalten. So wäre ein Ausgangspunkt für demokratische Gesellschaftsgestaltung gegeben.

Es geht also nicht nur um Befreiung von Erwerbsarbeit, sondern um die Befreiung jeglicher Arbeit, letztendlich um eine politische Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Dimensionen des herrschenden Arbeitsbegriffs. Erwerbsarbeit dient den *Lohnabhängigen*, indem sie gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, dazu, ihre nackte Existenz zu sichern. Im kapitalistischen System wird damit sogar die eigene Arbeitsfähigkeit zur Ware erklärt. Wo der Warencharakter selbst in die existenziellen Lebensbedingungen Einzug hält, ist Freiheit kaum noch zu denken. Wo bleiben die Inhalte der Menschenrechte, nicht nur das Recht auf Leben, auch das der Würde, wenn Menschen gezwungen sind, jede Arbeit anzunehmen, um eine Lebensgrundlage zu finden? Es geht aber auch um Fragen, wie wir arbeiten wollen, was zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen produziert werden soll? Die Demokratiefrage stellt sich damit in einer umfassenden Form neu, weil sie hier ihre tendenzielle Beschränkung auf die Sphäre der »politischen Demokratie« durchbricht. Dies erscheint auf den ersten Blick absurd, wird doch die »politische Demokratie« selbst gegenwärtig unter dem Druck von Globalisierungsprozessen, kaum demokratisch legitimierten supranationalen Institutionen und neoliberalen Sachzwängen zunehmend ausgehöhlt und fristet die Debatte um Wirtschaftsdemokratie gesellschaftlich noch ein Schattendasein. Gerade darin liegt aber die politische Sprengkraft der Frage nach umfassender Demokratie, weil sie sich nicht auf den Bereich des »Politischen« oder gar auf die Brosamen eines Teilhabebegriffs reduzieren lässt, sondern nach der Legitimation und der eigentümlichen Quelle des Herrschaftsmodells auch im Produktionsbereich fragt, also nach Hegemonie.

Es geht um das, was gemeinhin unter »res publica« als »öffentliche Angelegenheit« verstanden wird und was unter diesem Begriff politisch-intentional bewirkt werden könnte. Was fasst der Begriff »Politik« bzw. was setzt die Möglichkeit politischen Handelns voraus? Wie wären »Demokratie« bzw. »demokratische Verhältnisse« zu definieren?

Nehmen wir den Demokratiebegriff ernst, so bezieht er sich gleichermaßen auf den öffentlichen wie den privat organisierten Sektor. Ein wesentlicher Teil der gesellschaftlichen, »gebrauchswertorientierten« Nachfrage bezieht sich auf bisher öffentlich bereitgestellte Infrastrukturen und Dienstleistungen wie Wasser und Energie, wie Bildung, Gesundheit und Verkehr. Wurden diese Leistungen gesellschaftlicher Re-Produktion bisher, wenn auch nur bedingt, demokratisch organisiert – vielfach öffentlich bereitgestellt und der unmittelbaren Kapitalverwertung nur partiell zugänglich gemacht –, so bilden sie im neoliberalen Politikkonzept in unterschiedlichen Formen – von reiner Privatisierung bis zum »public-private-partnership« – ein lukratives Feld für private Kapitalverwertung. Öffentliches, gesellschaftlich erarbeitetes Vermögen wird nicht nur in Privatbesitz transferiert und als Umverteilungsmaschine dem Renditediktat unterworfen,

sondern gleichzeitig einer gebrauchswertorientierten öffentlichen und demokratischen Zwecksetzung entzogen. Daher müssen diese grundlegenden Elemente von Daseinsvorsorge und sozialer Infrastruktur gesellschaftlich kontrolliertes Allgemeingut bleiben oder demokratisch verfasst wiederhergestellt werden, um allen den Zugang zu sichern.

Ebenso stellt sich die Demokratiefrage für den Bereich der Warenproduktion, der privatwirtschaftlich organisiert ist und für den die Demokratie bisher an den Werkstoren endet. Qualität, Nachhaltigkeit, Ökologieverträglichkeit und die Sinnhaftigkeit der Produkte unterliegen immer noch dem Verwertungsinteresse. Es sind jedoch Fragen, die gesellschaftlich erörtert werden und nicht dem Markt überlassen bleiben sollten. Marktlogik oder Bedarfslogik? – wäre in einem gesellschaftlichen Prozess zu fragen. Wirtschaftsdemokratie bezieht sich aber auch auf die Organisation der Arbeit und des Arbeitsprozesses selbst. Nur wenn der einzelne Produzent im Arbeitsprozess nicht mehr fremdbestimmter Befehlsempfänger ist, sondern selbstbestimmt und verantwortlich seine Arbeit mitgestalten kann, lässt sich von einer demokratisch verfassten Gesellschaft sprechen. Eine Gesellschaftsform, in der die Rechte aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln über der demokratischen Mitgestaltung der Gesellschaft stehen, ist nicht wahrhaft demokratisch. Wie sollen Menschen, die den größten Anteil des Tages zu Befehlsempfängern degradiert werden, zu selbstbestimmten Entscheidungen über gesellschaftliche Fragen befähigt sein?

Betriebsübernahmen und anschließende Selbstorganisation durch die Produzenten (Arbeitnehmer) weisen auf umsetzbare Konzepte hin. Es spricht viel dafür, dass Auseinandersetzungen um Selbstverwaltung und alternative Produktion eines der zentralen Felder markieren werden, auf denen ein Wettlauf zwischen dem neoliberalen System und einer emanzipatorischen Utopie stattfinden wird, die realistisch und visionär genug sein könnte, um das bestehende System abzulösen.

Offen bleibt die Frage, ob die Gewerkschaften zu einer politischen Positionierung zu diesen Problemfeldern zurückfinden. Gewerkschaftliche Politik muss unter diesen Bedingungen mit neuen Strategien der Arbeits- und Gesellschaftspolitik verknüpft werden, um interessenpolitischen Rückschritten und der fortschreitenden Unterwerfung unter die ökonomischen »Zwänge« entgegenzuwirken. Will die Gewerkschaftsbewegung eine befreiende Position zurückerobern, müsste ihre gesellschaftliche Analyse sie erkennen lassen, dass sich die Arbeitsprozesse nicht mehr als betrieblich-fordistisch verstehen lassen. Ganz andere Fragen stellten sich, um der derzeitigen neoliberalen Hegemonie etwas entgegenstellen, sie wirklich herausfordern zu können, Fragen danach, wie wir produzieren wollen, was dazu an konkretem stofflichen Reichtum benötigt würde. Dies wird auch davon abhängen, ob es gelingt, traditionelle Politikformen

zu überwinden, ihre Strategien wieder unter arbeits- und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten auszurichten. Dafür müssen neue Organisationsstrukturen sowie neue Handlungsräume erschlossen werden.

Auch bei der Frage um Arbeitszeit und Mindestlohn müssten Gewerkschaften sich von den angeblichen Sachzwängen lösen, müssten wagen, Alternativen zu denken. Die Arbeitszeitfrage beinhaltet eine quantitative wie eine qualitative Dimension, die die Qualität des Lebens der Beschäftigten wie die gesellschaftliche Strukturierung umgestalten könnte. Sie definiert den Arbeitstag und interveniert gleichzeitig in die Arbeitsorganisation. Welche Arbeitspolitik wollen die Gewerkschaften im Sinne der Lohnabhängigen, wie der Erwerbslosen, anstreben? Verbleibt gewerkschaftliche Politik in den scheinbar ehernen Grenzen eines dem Kapitalismus verhafteten Arbeitsbegriffs befangen, oder gelingt es, Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsumverteilung und die Entdichtung des Arbeitstages als transitorische Schritte hin zu befreiter, demokratisch gestaltbarer und gesellschaftlich sinnvoller Arbeit zu definieren?

b) Einschätzung der Veranstaltungsreihe

Diese Fragestellungen um den Begriff »Prekarität« wurden in den elf Veranstaltungen des »Kritischen Bewegungsdiskurses« 2006 erörtert. Auffallend war: Das geringste Interesse erreichten die Veranstaltungen zu Gewerkschaftsthemen, entsprechende Veranstaltung fanden im kleinsten Kreis statt. Dem Gefühl in der Linken, dem Akteur »Gewerkschaft« keine Relevanz mehr zuzutrauen, sollten wir mehr Beachtung und Gewicht zukommen lassen. Ist Kritik an dem Verhalten der Gewerkschaften, an ihrer SPD-Zentriertheit, ihrem Hängen an dem längst überholten fordistischen System, ihrem Verschlafen der Realität eines neuen Akkumulationssystems auch nachvollziehbar und berechtigt – sowohl Veränderungen an diesem System als auch seine Überwindung werden ohne die gewerkschaftlich Organisierten nicht möglich sein. Von daher wäre es kontraproduktiv, die Gewerkschaften links liegen zu lassen.

Der »Kritische Bewegungsdiskurs« öffnete interessante Diskussionszusammenhänge; erfreulich ist, im sozialwissenschaftlichen Feld durchaus auf Interesse gestoßen zu sein; dort erlangten wir mehr Wahrnehmung als in der theoretischen Auseinandersetzung unter linken Akteure. Zu fragen bleibt nach der Ursache, ob das Bewusstsein für die Wichtigkeit von Diskursen in der politischen Auseinandersetzung zunehmend abhanden kommt.

c) Ausblick auf weitere Themenstellungen

Insgesamt betrachten wir das erste Jahr als erfolversprechenden Einstieg. Wir sind voll Tatendrang, werden die Reihe auf jeden Fall fortführen. Unsere elfte Veranstaltung war, wie wir es auch ankündigten, zugleich Abschluss und Auf-

takt. Das Thema: »Globale Soziale Rechte«. Damit wird die Frage aufgeworfen, wie den Folgen der hegemonialen Durchsetzung des neoliberalen Projektes, die global sind, mit globalen Forderungen entgegenzutreten sei. Global denken, regional Handeln – wäre den Problemen auf diese Weise beizukommen? Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen nach Würde und Gerechtigkeit, damit nach dem Kern der Menschenrechte. In welchem Verhältnis stehen Menschenrechte (MR) und Globale (Soziale) Rechte (GR)? Werden GR nicht umfassender, da politischer verstanden? Verlangen sie nicht im Sinne von Hardt/Negri nach einem handelnden Subjekt im Sinne der Multitude? Steht bei ihnen nicht auch immer die Frage nach Aneignung mit im Raum? MR hingegen werden gewährt oder eben auch nicht. Einklagbar aber sind sie nicht. Auch GR müssen erst erkämpft werden, die Entscheidung des Was und Wie wäre aber ein von mündigen Menschen zu gestaltender politischer Aneignungsprozess, der sich nicht in die Abhängigkeit von möglichen Adressaten seiner Forderungen begibt. Mit den damit aufgerissenen Fragestellungen und Gedanken aus ganz unterschiedlichen Perspektiven beschäftigen wir uns 2007. Die Diskussionsgrundlagen hierzu werden in einem Jahr nachzulesen sein. Schon während dieser Planung zeichnet sich für 2008 die Erörterung folgender Themen ab:

- Gesellschaftliche Veränderung – Persönliche Veränderung
- Denken und Ausprobieren anderer Lebensformen mit abweichenden Werten und anderen Zielen

Wieder wird die letzte Veranstaltung Abschluss und Auftakt zugleich sein.

Dank

Wir schöpften also nicht nur Mut, sondern auch zahlreiche Ideen und Anregungen. Dafür möchten wir uns herzlichst nicht nur bei unseren Referenten und unseren Besuchern bedanken, sondern vor allen jenen danken, die das alles mit ihrer ideellen und finanziellen Unterstützung erst ermöglichten.

Das sind die »Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt«, die »Rosa-Luxemburg-Stiftung«, besonders Rainer Rilling, die Abteilung Jugend des »DGB-Berlin-Brandenburg«, »attac«, in deren Bundes-Gremien Ko-Kreis und Rat wir vertreten sind, das »Aktionsbündnis Sozialproteste« sowie unser Graphiker Jonas Schmidt und unser Webmaster Rainer Halbmann. Last but not least der VSA-Verlag, speziell Christoph Lieber.

Berlin, im April 2007

*Roland Klautke
Brigitte Ohrlein*

Autorinnen und Autoren

Mario Candeias, prom. Politikwissenschaftler, Referent für Kapitalismuskritik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Redakteur der Zeitschrift »Das Argument« sowie des Historisch-Kritischen Wörterbuches des Marxismus. Buchveröffentlichung: »Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik«, Berlin/Hamburg 2004.

Alex Demirović, Sozialwissenschaftler, Dr. habil., arbeitet als PD am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/Main, zahlreiche Veröffentlichungen zu Kritischer Theorie, Staatstheorie sowie Demokratie und Herrschaftsverhältnissen im Neoliberalismus, Redakteur der Prokla. Demnächst erscheint »Gesellschaftliche Arbeitsteilung und Demokratie«, Münster 2007.

Dirk Hauer, prom. Volkswirt, Redakteur der linken Monatszeitung analyse & kritik (ak), politisch aktiv bei der Gruppe Blauer Montag in Hamburg, zahlreiche Veröffentlichungen zur Prekarität der Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Joachim Hirsch, em. Prof. für Politikwissenschaft am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/Main. Arbeitsschwerpunkte: Staatstheorie und internationale politische Ökonomie. Mitglied der Arbeitsgruppe links-netz.de, Vorstandsmitglied von medico international. Letzte größere Veröffentlichung: »Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems«, Hamburg 2005.

Christina Kaindl, Dipl.-Psych., Arbeitsgebiet Kritische Psychologie, wiss. Mitarbeiterin der Stiftung »Helle Panke e.V.«, promoviert in Politikwissenschaften an der FU Berlin zum Thema »Rechtsextremismus und Neoliberalismus«, Arbeitsschwerpunkte: Kritische Wissenschaften, Rechtsextremismus, neoliberale Produktions- und Lebensweise. Redakteurin der Zeitschrift »Das Argument«, Vorstandsmitglied des BdWi.

Roland Klautke, Politikwissenschaftler, Mitglied im attac-Rat und im bundesweiten Aktionsbündnis Sozialproteste. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitspolitik, Gewerkschaftspolitik.

Brigitte Oehrlein, Dipl.-Bibliothekarin, Mitglied im attac-Ko-Kreis. Arbeitsschwerpunkte: Prekarität, Arbeitsbegriff, bedingungsloses Grundeinkommen, Demokratievorstellungen.

Alessandro Pelizzari, Dipl.-Soziologe an der Universität Fribourg (Schweiz), promoviert bei Franz Schultheis zum Thema: »Erosion des Normalarbeits-

verhältnisses und milieuspezifische Krisenstrategien«, zahlreiche Veröffentlichungen zu Deregulierung und Prekarität, Sekretär der Gewerkschaft UNIA in Genf, Mitglied des Vorstandes von attac Schweiz. Co-Autor in: Schultheis, Franz/Schulz, Kristina (Hrsg.), Gesellschaft mit begrenzter Haftung, Konstanz 2005.

Werner Rätz, Politikwissenschaftler, politischer Aktivist, Interventionistische Linke (IL), ist von der ILA (Informationsstelle Lateinamerika) in den Koordinierungskreis von Attac Deutschland entsandt. Veröffentlichung (mit Dagmar Paternoga und Werner Steinbach): »Grundeinkommen: bedingungslos«, Hamburg 2005.

Bernd Röttger, prom. Politikwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie an der Universität Jena, arbeitet seit längerem zu gewerkschaftspolitischen Themen, zahlreiche Veröffentlichungen zur Politischen Ökonomie der Globalisierung und materialistischen Staatstheorie, insbesondere zur politischen Theorie Antonio Gramscis, zur Regulationstheorie, zur Regionalisierung der Politik, zu neuen Formen der Arbeitspolitik und zu Gewerkschaftspolitik.

Gregor Samsa, Dipl.-Soziologe, Redakteur der linken Monatszeitung *analyse & kritik* (ak), lebt in einer Stadtkommune in Bremen, politisch aktiv im No-Lager-Netzwerk und im Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft.

Christoph Spehr, Historiker und promovierter Sozialwissenschaftler, Bremen. Freier Mitarbeiter beim Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Redakteur der BUKO-Zeitschrift »alaska – Zeitschrift für Internationalismus«. Veröffentlichte u.a. »Die Aliens sind unter uns« (1999) und »Gleicher als andere – Eine Grundlegung der freien Kooperation« (2003).

Christian Zeller, prom. Geographiewissenschaftler, Oberassistent am Geographischen Institut der Universität Bern, Arbeitsschwerpunkte: Industrielle Restrukturierungs- und Globalisierungsprozesse, Innovationssysteme in der Biotechnologie, Formen von Privatisierungsprozessen und enteignender Akkumulation. Buchveröffentlichung: »Globalisierungsstrategien – Der Weg von Novartis«, Berlin 2001.